

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 6, 2023

1. Niedersachsen

1.1. Schura Niedersachsen wählt vorzeitig neuen Vorsitzenden

Der muslimische Landesverband Schura Niedersachsen hat einen neuen Vorsitzenden.

Bei der jährlichen Mitgliederversammlung wählte der Verband überraschend den Unternehmensberater Kerim Ocakdan zum neuen Vorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende Recep Bilgen schied vorzeitig aus seinem Amt aus. Er war 2016 überraschend gegen den langjährigen Vorsitzenden Avni Altiner gewählt und zuletzt im März 2022 in seinem Amt bestätigt worden. Die turnusmäßige Amtszeit beträgt zwei Jahre.

Recep Bilgen habe sich „mit vollstem Einsatz für die Belange der Muslime“ eingesetzt, teilte die Schura mit. „Die Gemeindemitglieder bedankten sich für sein außergewöhnliches Engagement und seine herausragende Arbeit, die er während seiner Amtszeit leistete.“ Der neue Vorsitzende Ocakdan bringe „umfangreiche Erfahrung und Expertise mit“. Er sei von 2011 bis 2016 sowie seit 2022 bereits Mitglied im Vorstand gewesen. Darüber hinaus sei er seit 2016 Mitglied im ZDF-Fernsehrat ([mehr](#)). Nach einer vom ZDF veröffentlichten Selbstauskunft ist Ocakdan stellvertretender Vorsitzender der Milli Görüs (IGMG) in Braunschweig ([mehr](#)).

Der bisherige Vorsitzende Bilgen kündigte auf Twitter an, er werde sich „nun den Herausforderungen meiner neuen Aufgabe als Vorsitzender des IGMG-Regionalverbands Hannover stellen“ ([mehr](#)). 2022 hatte er den Vorsitz des Milli-Görüs-Verbands in der Region Hannover übernommen.

Auf Anfrage der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung sagte Bilgen zu den Gründen für sein vorzeitiges Ausscheiden: „Ich wollte nicht, dass meine Arbeit bei der Schura leidet.“ Es sei zeitlich schwer, beide Ämter miteinander zu vereinbaren. Über seine Wahl zum IGMG-Vorsitzenden habe er die Landesregierung seinerzeit verständigt. Man habe ihm signalisiert, dass dies für sein Wirken bei der Schura kein Problem darstelle ([mehr](#)).

1.2. Landesbischof und Präsidentin laden zum Kirchentag 2025 nach Hannover ein

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister und die designierte Kirchentagspräsidentin Anja Siegesmund haben zum Kirchentag 2025 nach Hannover eingeladen. „Kirchentag geht weiter“, sagte die frühere thüringische Umweltministerin Siegesmund (Grüne) beim Schlussgottesdienst des 38. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Nürnberg. An der fünftägigen Veranstaltung hatten insgesamt rund 70.000 Menschen teilgenommen.

Der nächste Kirchentag wird vom 30. April bis zum 4. Mai 2025 in Hannover stattfinden. Hier hatte der Jurist Reinold von Thadden 1949 den evangelischen Kirchentag als unabhängige protestantische Laienbewegung ins Leben gerufen. Danach war die Großveranstaltung noch drei Mal zu Gast, 1967, 1983 und zuletzt 2005.

Bei einem Empfang der hannoverschen Landeskirche sagte Landesbischof Meister, das Vorbereitungsteam für 2025 sei schon jetzt voller Energie, Begeisterung und ungewöhnlicher Ideen. Hannovers Bürgermeister Thomas Klapproth (CDU) betonte, beim Kirchentag 2025 werde der interreligiöse Austausch eine wichtige Rolle spielen: „Mit dem Ziel, dass Verständnis füreinander entsteht.“ In der Stadt gebe es seit 20 Jahren das bundesweit erste „Haus der Religionen“ ([mehr](#)).

1.3. Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt

Innenministerin Daniela Behrens (SPD) und der Präsident des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, Dirk Pejril, haben den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2022 vorgestellt.

Die größte Bedrohung für die Demokratie sei weiterhin der Rechtsextremismus, teilte der Verfassungsschutz mit. Darüber hinaus beobachte man sorgfältig das relativ neue Phänomen der „Demokratiefeindlichen und/oder sicherheitsgefährdenden Delegitimierung des Staates“ sowie die russischen Desinformationskampagnen, die „auf die Destabilisierung unseres demokratischen Systems“ zielten. Weitere Beobachtungsobjekte seien wie in den Vorjahren der Linksextremismus, der Islamismus und der Extremismus „mit Auslandsbezug“.

Im Bereich Islamismus sei „die jihadistische Propaganda weiterhin virulent“. Sie Sorge „für eine latente Anschlaggefahr durch islamistische Extremisten und Terroristen“. Das Gefahrenpotenzial sei „erheblich“. Wieder zugenommen hätten Missionierungskampagnen wie Literaturverteilaktionen und Vortragsreihen salafistischer Prediger. Insbesondere seit der Corona-Pandemie würden dabei Social-Media-Plattformen professionell genutzt.

Als bundesweiter Anlaufpunkt salafistischer Prediger habe sich die „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft“ in Braunschweig etabliert. Sie erreiche allein über ihren YouTube-Kanal mehr als 70.000 Abonnenten. Dies könne ein Nährboden für eine weitere Radikalisierung sein. „Auch negative Einflüsse

auf unsere Integrationsbemühungen, der Verlust der gesellschaftlichen Akzeptanz für die islamische Religion und die Bildung von Parallelgesellschaften können durch islamistische Tendenzen gefördert werden“, so Ministerin Behrens.

Im Bereich „Extremismus mit Auslandsbezug“ zeige sich eine starke ideologische Kontroverse, so der Verfassungsschutz weiter. Die größte extremistische Ausländerorganisation in Niedersachsen sei die kurdische PKK mit etwa 1.600 Personen. Ihr gegenüber stehe die rechtsextreme türkische „Ülkücü-Bewegung“, auch als Graue Wölfe bekannt, mit rund 700 Anhängern. Eine „ausgeprägte Pro-Erdogan-Stimmung in Deutschland“ verstärke die nationalistische Ausrichtung der Vereine, zu der auch der Moscheeverband „ATIB“ gehöre, und „ihre Abkehr von Integrationsbemühungen“ ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. USA: Islamische Theologen veröffentlichen Stellungnahme zur Sexualethik

Eine Gruppe muslimischer Prediger, Theologen und Theologinnen aus Nordamerika um den einflussreichen Imam Yasir Qadhi hat eine Erklärung zur Sexualethik veröffentlicht.

Unter dem Titel „Navigating Differences: Clarifying Sexual and Gender Ethics in Islam“ betonen die mehr als 150 Unterzeichner, dass die islamische Sexualmoral im Widerspruch zu zentralen Überzeugungen und Forderungen der LGBTQ-Bewegung stehe. Besorgniserregend sei insbesondere, dass es in den USA einen Trend gebe, LGBTQ-zentrierte Werte durch Gesetzgebung und Regelungen unter Kindern zu verbreiten. Zugleich würden Menschen, die sich dem entgegenstellten, schnell als „intolerant“ oder „heuchlerisch“ abgestempelt.

Die Position des Islam, so die Autoren und Autorinnen, sei demgegenüber klar und unveränderlich: „Nach einem Erlass Gottes sind sexuelle Beziehungen innerhalb der Grenzen der Ehe erlaubt, und die Ehe kann nur zwischen einem Mann und einer Frau geschlossen werden.“ Im Koran verurteile „Gott ausdrücklich sexuelle Beziehungen mit dem gleichen Geschlecht“. Auch voreheliche und außereheliche sexuelle Handlungen seien „im Islam verboten“.

Zwar hätten, so die Erklärung weiter, einige Muslime versucht, die Tradition nach der „LGBTQ-Ideologie“ zu revidieren. Dagegen sei festzuhalten: „Wir lehnen solche Bestrebungen kategorisch als theologisch nicht vertretbar ab, da diese Aspekte der Sexualethik in die Kategorie der unveränderlichen Grundsätze fallen und daher nicht revidiert werden können.“ Mit dieser moralischen Meinungsverschiedenheit müsse in der Gesellschaft friedlich umgegangen werden. Sie dürfe nicht zu „Intoleranz oder Aufstachelung zur Gewalt“ führen.

Die Erklärung schließt mit einem Hinweis an diejenigen unter den Muslimen, die „mit Begierden zu kämpfen haben, die außerhalb der von Gott gesetzten Grenzen liegen“. Sie sollten wissen, „dass auch die Rechtschaffensten Sünden begehen können und dass jeder Muslim, egal wie sündig er ist, das Potenzial hat, dass ihm vergeben wird. Sich in der Hingabe an Gott in Selbstbeherrschung zu üben, gilt als heldenhaft. Die spirituelle Belohnung steigt proportional zum Grad der Anstrengung, die damit verbunden ist“ ([mehr](#)).

Die Erklärung wurde von vielen Muslimen begrüßt und unterstützt. Kritische Stimmen gab es bisher nur vereinzelt, etwa von der us-amerikanischen Schriftstellerin Laila Lalami ([hier](#)).

2.2. Medienbericht: Deutsche Muslimische Gemeinschaft plant Bau einer Moschee in Frankfurt

Nach einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ plant die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) den Bau eines repräsentativen Moscheekomplexes in Frankfurt-Griesheim.

Offiziell trete das „Islamische Zentrum Frankfurt“ als Bauherr der Moschee in Erscheinung, so die Zeitung. Tatsächlich sei im Grundbuch aber die DMG als Eigentümerin angegeben. Offenbar solle hier ein repräsentatives Zentrum der deutschen Muslimbruderschaft entstehen. Die Spender würden dabei in die Irre geführt. Auch sei zu vermuten, dass eine Menge ausländisches Geld im Spiel sei, so die Recherche der Journalisten ([mehr](#)).

Die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ gilt nach dem jüngst vorgestellten Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz als „wichtigste und zentrale Organisation von Anhängerinnen und Anhängern der ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) in Deutschland“ ([mehr](#)).

2.3. Was sonst noch war

– Hamburg: Klage des Islamischen Zentrums Hamburg gegen den Verfassungsschutz: Prozess vor dem Verwaltungsgericht zieht sich in die Länge ([mehr](#))

– Berlin: CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit veröffentlicht Lagebild zu antimuslimischem Rassismus; 898 antimuslimische Vorfälle im Jahr 2022 dokumentiert ([mehr](#))

– Berlin: Bauarbeiten am „House of One“ haben begonnen, Kosten steigen auf etwa 70 Millionen Euro ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Bertelsmann Religionsmonitor 2023: Offenheit gegenüber anderen Religionen nimmt ab

Die Offenheit gegenüber anderen Religionen hat in Deutschland abgenommen. Das ist eines der Ergebnisse des Religionsmonitors 2023 der Bertelsmann-Stiftung.

Danach halten 34 Prozent der Befragten die Pluralität der Bekenntnisse für eine „Bedrohung“ (im Einzelnen: Muslime: 20 Prozent; Buddhisten: 33 Prozent; Christen: 34 Prozent; ohne Religionszugehörigkeit: 38 Prozent; Hindus: 61 Prozent).

Die Offenheit gegenüber anderen Religionen ging im Vergleichszeitraum zurück. 2013 hatten 89 Prozent der Befragten gesagt, man solle „gegenüber allen Religionen offen sein“. 2023 sank dieser Wert auf 80 Prozent. Von 72 auf 59 Prozent ging die Zustimmung zu der Aussage zurück, dass „jede Religion einen wahren Kern“ habe.

Zwar sei die grundsätzliche Wertschätzung der Religionsfreiheit mit 93 Prozent weiterhin sehr hoch, schreiben die Autorinnen und Autoren um die Religionssoziologin Yasemin El-Menouar. Der gesellschaftliche Konsens löse sich aber auf, „wenn es um die Haltung gegenüber unterschiedlichen religiösen Wahrheiten“ und um „die Einschätzung der Relevanz von Religion für die Moderne geht.“ Nur noch 59 Prozent der Befragten meinten, Religion passe in die Moderne. Hieran zeige sich „eine zunehmende Kluft zwischen dem Drittel der Bevölkerung, das keinen Bezug zur Religion hat, und einem kleineren Kreis von Menschen, deren Leben stark religiös geprägt ist.“

Was die Mitgliedszahlen anbelangt, kommt die Studie zu dem Schluss, dass 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen Christen sind und etwa 35 Prozent keiner Religionsgemeinschaft angehören. Es folgen Muslime mit 8,5 Prozent sowie kleinere Gruppen wie Buddhisten, Hindus und Juden (0,3 Prozent) ([mehr](#)).

Als zentrales Ergebnis hält die Studie fest: „Auch wenn das Recht der Religionsfreiheit breite Zustimmung erfährt, ist der gesellschaftliche Konsens in dieser Hinsicht keineswegs selbstverständlich. Eine differenziertere Analyse im Zeitvergleich lässt erkennen, dass die Offenheit gegenüber anderen Religionen abgenommen hat. Zu befürchten ist, dass sich das langfristig auch auf die Akzeptanz religiöser Vielfalt auswirkt – vor allem dann, wenn Religion nicht nur privat, sondern öffentlich sichtbar gelebt wird. In einer Gesellschaft, die bleibend durch religiöse Vielfalt geprägt sein wird, hängt die Qualität des sozialen Miteinanders aber entscheidend von der Anerkennung – und nicht nur Duldung – dieser sichtbaren Vielfalt ab. Nicht zuletzt deswegen muss eine Politik des Zusammenhalts heute religionspolitischen Fragestellungen besondere Aufmerksamkeit schenken. Zudem muss sich die Politik, aber auch die Religionsgemeinschaften damit auseinandersetzen, wie fundierte interreligiöse Wissensbestände entwickelt und mehr Gelegenheiten für Kontakte zwischen den Religionen – und auch zu Religionsfernen – geschaffen werden können.“

Die Daten beziehen sich auf „Grundgesamtheit“ der Bevölkerung in Deutschland im Alter ab 16 Jahren. Befragt wurden mehr als 4.000 Personen ([mehr](#)).

4. Veranstaltungen

Spiritual Care in Times of War and Displacement (Krieg, Vertreibung und Spiritual Care)

17.–19. September 2023, Alte Aula, Universität Tübingen

Tagungsleitung: Georg Wenz, Evangelische Akademie der Pfalz; Pamela Cooper-White, International Association for Spiritual Care, New York; Mahmoud Abdallah, Universität Tübingen ([mehr](#)).

5. Video

Antisemitismus in der Schule – was tun?

Religionen im Gespräch

Gast: Konstantin Seidler, Liberale Jüdische Gemeinde Hannover

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

6. Literatur: Neuerscheinungen

K. Boehme, Interreligiöses Begegnungslernen. Grundlegung einer fächerkooperierenden Didaktik von Weltsichten, Freiburg 2023

Z. Sejdini (Hg.), Diversität im Islam. Die vergessene Botschaft, Wiesbaden 2023.

Hannover, den 27.6.2023

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.